

Vorwort	5	3.4	Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	37
Vorwort – Zusammenfassung	7	3.4.1	Innere Widersprüchlichkeit des geltenden Systems	37
Der Zwangsrundfunk oder Warum die neue Rundfunkabgabe rechts- und verfassungswidrig ist	9	3.4.2	Entkopplung von Leistung und Entgelt	38
A	10	3.5	Formenmissbrauch	39
1. Rechtsschutz im Allgemeinen	10	3.6	Schlussbewertung	39
2. Die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts vom 18. März 2016	11	4.	Grundrechtsverletzung	40
B	14	4.1	Recht auf informationelle Selbstbestimmung nach Art. 2 Abs. 1 GG	40
1. Das Verfahren der „Kontoführung“ als Verstoß gegen rechtsstaatliche Grundsätze	14	4.1.1	Das Erfassungssystem	40
1.1 Die unzulässige Differenz zwischen Abgabezeitraum und Forderungstilgung	15	4.1.2	Die Unentrinnbarkeit der Auskunftsansprüche	41
1.2 Die anhaltende Inverzugsetzung des Bürgers	15	4.1.3	Der Daten-Pool beim „Beitragsservice“	42
1.3 Das Unterlaufen des Rechtsschutzes	16	4.1.4	Die Datenmengen (als 4.1.5 ohne vorhandenen 4.1.4 angegeben)	43
1.4 Die Unzuträglichkeit der Vollstreckung	16	4.2	Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit nach Art. 2 Abs. 1 GG	43
1.5 Grenzen der Satzungsgewalt	17	4.3	Recht auf Gleichheit nach Art. 3 Abs. 1 GG	44
2. Der Mangel an Bestimmtheit	19	4.3.1	Die Ungleichbehandlung	44
3. Der Mangel an Vollzugskompetenz	19	4.3.2	Ungleiche Behandlung der Haushalte	45
4. „Gesamtschuldnerische Haftung“ als Einfallstor von Willkür	22	4.3.3	Die Grenzen der „Egalisierung“ und „Typisierung“	45
C	23	4.3.4	Die ungerechtfertigte Gleichbehandlung von Ausländern	48
1. Die Rundfunkabgabe ist kein „Beitrag“	23	4.3.5	Widerspruch zum Europäischen Recht	49
1.1 Wohnungsinhaber sind keine „Sondergruppe“	24	4.3.6	Die Belastung der Behinderten	50
1.2 Fehlen der tatbestandlichen Formulierung der öffentl. Leistung als Abgabebetatbestand	25	4.4	Grundrecht auf Informations- und Meinungsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 und 2 GG	50
1.3 Fehlen des Sach- und Sinnzusammenhangs zw. Abgabebetatbestand und Abgabezweck	28	4.4.1	Freie Wahl der Informationsmittel	50
1.4 Die Entgrenzung des Abgabebetatbestandes mit dem Tatbestand „Wohnung“	29	4.4.2	Mangelnde Einschränkungbarkeit des Grundrechtes	53
1.5 Die Rechtsprechung als Auflösung der Finanzverfassung	30	4.4.3	Die Beschwer	53
1.6 Sonstige Beitragstatbestände in der Rechtsordnung	31	4.5	Grundrecht auf Freizügigkeit nach Art. 11 GG	53
1.7 Die Rundfunkabgabe als „Entgelt“ für den potentiellen Rundfunkempfang?	32	4.5.1	Abgabelast auf die Wohnung	53
1.8 Vergleich mit dem Steuerrecht	32	4.5.2	Mangel an Einschränkungbarkeit des Grundrechtes	54
1.9 Die Rundfunkabgabe als unzulässige Realsteuer	33	4.6	Grundrecht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit nach Art. 4 Abs. 1 GG	55
1.10 Steuerliche Abzugsfähigkeit?	34	4.7	Verstoß gegen das Zitiergebot nach Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG	56
1.11 Die Rundfunkabgabe als unzulässige Zwangsabgabe	34	5.	Schlussfolgerung	56
2. Die Rundfunkabgabe bedeutet unzulässige Staatsnähe	35	6.	Mangel an Rechtfertigung	56
3. Die Rundfunkabgabe verstößt gegen Grundsätze der Rechts- und Verfassungsordnung	35	6.1	Paternalismus in Politik und Rechtsprechung	56
3.1 Aufspüren der Bürger	35	6.2	Der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk als hohes Gemeinschaftsgut?	57
3.2 Kontoführung	36	6.3	Die verfassungsrechtliche Stellung des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks	58
3.3 Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	36	6.4	Der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk als periphere Staatsaufgabe	59
		6.5	Gerichtliche „Grenzkontrolle“ des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks	59
			Literaturverzeichnis	63
			Der Autor	66